

Bezahlbares Wohnen – gutes Leben in der Stadt und im Quartier

Wohnen - ein Grundrecht für alle!

Wohnen darf kein Spekulationsobjekt sein. Die **Liste Kirchheim.Sozial** fordert die Stadtverwaltung auf, dem Wohnungsleerstand und der Zweckentfremdung von Wohnraum entschieden entgegenzutreten. Wir brauchen den öffentlich geförderten, sozialen Wohnungsbau in der gesamten Stadt. Wohnen muss zum Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden. Alle Kirchheimer Bürger müssen in einem gesunden Wohnumfeld leben können, frei von Schadstoffen, Lärmbelastung und Hitzestress.

Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum

Wohnen ist ein Menschenrecht - jedem Menschen steht eine Wohnung zu.

- Der Zweckentfremdung von Wohnraum, dem Wohnungsleerstand genauso wie der Fremdnutzung durch Büros muss die Stadt mit Hilfe des Zweckentfremdungsgesetzes entschieden entgegenzutreten. Dazu hat der Landesgesetzgeber den Kommunen die rechtliche Möglichkeit gegeben - andere Städte (zuletzt Esslingen) nutzen das Instrumentarium schon.
- Durch ein aktives Wohnraum-Management soll der vorhandene Leerstand und der tatsächliche Bedarf der einzelnen Zielgruppen (Familien, Senioren, Alleinstehende, Pendler ...) erfasst und dem Gemeinderat vorgelegt werden
- Wir setzen uns für eine öffentlich organisierte Immobilien-Tauschbörse ein, in der beispielsweise ein Tausch nach dem Motto „Wohnung mit Aufzug gegen kleines Familienhaus“ vertrauenswürdig vermittelt wird. Hierzu sollten die Erfahrungen aus anderen Kommunen berücksichtigt werden.
- Außerdem fordern wir eine Machbarkeitsstudie zur nachhaltigen, innerörtlichen Schaffung von Wohnraum (z.B. Stelzenhäuser über Parkplätzen etc.).
- Die Stadt muss sicherstellen, dass keine „Wuchermieten“ über dem gesetzlich erlaubten Mietniveau erhoben werden. Dazu müssen Wohnungsinserate regelmäßig geprüft werden.

Öffentlicher und Sozialer Wohnungsbau

Die Stadtverwaltung steht auch beim Wohnungsbau in der Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Kirchheim unter Teck. Wir fordern:

- einen Wiedereinstieg in einen architektonisch attraktiven, kommunalen und sozialen Wohnungsbau,
- neue Wohnformen, die ein gemeinsames Zusammenleben erleichtern,
- einen Ausbau des genossenschaftlichen Wohnungsbaus und die Stärkung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft.
- Die Stadt soll zusätzlich Grundstücke erwerben, um öffentliche Wohnbauprojekte forcieren zu können.
- Kommunale Grundstücke sollen nach Möglichkeit auf Basis der Erbpacht vergeben werden.
- Die Privatisierung von öffentlichen Grundstücken darf nur in Ausnahmefällen erfolgen.

Gutes Leben im Quartier

Für ein gutes Leben im Quartier braucht es Räume für Begegnung und Austausch in allen Stadtteilen und Wohnquartieren. Das soziale und kulturelle Leben in den verschiedenen Stadtteilen soll - ähnlich dem „Rauner-Quartier“ - als Basis für aktiv gelebte Bürgerbeteiligung öffentlich gefördert und organisiert werden.

Dafür fordern wir, dass

- die öffentliche Förderung und Etablierung von Quartieren in allen Stadtteilen möglich wird,
- qualifizierte Quartiersmanager*innen eingestellt werden,
- Räume für Begegnung und Austausch für zivilgesellschaftliche und soziale Akteur*innen und Künstler*innen bereitgestellt werden,
- die Schulgebäude in den Stadtteilen für solche Treffen, von Initiativen und Gruppen genutzt werden können (solange keine öffentlichen Räume zur Verfügung stehen),
- inklusiv gestaltete Plätze zum Treffen, Spielen und Verweilen zugänglich für alle gemacht werden,
- mehr Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche und Eltern mit kleineren Kindern u.a. durch die Öffnung von Schulgelände geschaffen werden,
- die Stadt sich bemüht, die Gastronomie und Läden und barrierefrei zu gestalten - in Zusammenarbeit mit dem CityRing, dem BDS, Behindertenvertreter*innen, weiteren Akteuren und städtischen Einrichtungen.

Soziale Durchmischung aller Wohngebiete

Für eine sozialverträgliche Stadtentwicklung ist es wichtig, dass die Wohngebiete sozial durchmischt sind. Eine Ghettobildung beim Sozialen Wohnungsbau führt zu gesellschaftlichen Spannungen im städtischen Miteinander.

- Wir fordern, dass alle neuen Wohnprojekte ab einer relevanten Größe einer Sozialbindung von mindestens 40 Jahren unterliegen müssen, um Mietwohnungen bezahlbar zu halten.
- Eine Anhörung und Mitbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner bei der Modernisierung der Bausubstanz oder des Wohnkomforts ist sicherzustellen.

Soziale Stadt der Zukunft

Der zukünftige Wohnungsbau in unserer Stadt muss an sozial-ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. Dazu ist bei neuen, größeren Wohngebieten beispielsweise eine Kooperation mit den Initiatoren der Internationalen Bauausstellung 2027 der Stadtregion Stuttgart (IBA27) anzustreben.

Die **Liste Kirchheim.Sozial** setzt sich ein:

- für mehr konsumfreie Aufenthaltsmöglichkeiten in der Stadt,
- für eine gesicherte Nahversorgung in der Stadt. Ärztliche Versorgung und Einkäufe müssen für jeden zu Fuß und/oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht und bequem möglich sein,
- für ausreichenden Wohnraum auch für alle Menschen mit geringem Einkommen. Hierzu zählen auch alle Menschen, die in Not geraten sind (z.B. bedrohte Frauen, Obdachlose und Flüchtlinge),
- für Unterstützungsstrukturen für Bewohner von Obdachlosenunterkünften, damit ein Leben in selbst gemieteten kleinen Wohnungen ermöglicht wird.
- gegen Strom- und Gas-Abschaltungen. Kein Mensch darf in seiner Wohnung frieren oder im Dunkeln sitzen, nur weil er seine Rechnung nicht bezahlen kann.

Günstige Wohnungen für städtische Mitarbeiter

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Pflege- und Erziehungsbereich günstige Wohnungen anbietet, um dem Personalmangel im Gesundheitswesen, der Pflege, in den Schulen und Kitas entgegenzuwirken.